

Oscar W. Gabriel · Bernhard Weßels · Jürgen W. Falter (Hrsg.)

Wahlen und Wähler

Oscar W. Gabriel
Bernhard Weißels
Jürgen W. Falter (Hrsg.)

Wahlen und Wähler

Analysen aus Anlass der
Bundestagswahl 2005



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

1. Auflage 2009

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2009

Lektorat: Frank Schindler

VS Verlag für Sozialwissenschaften ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.
www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Krips b.v., Meppel

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in the Netherlands

ISBN 978-3-531-16413-7

Inhalt

Vorwort <i>Oscar W. Gabriel/Jürgen W. Falter/Bernhard Weßels</i>	9
I Analysen der Bundestagswahl 2005	
Die politische Vorgeschichte der vorgezogenen Bundestagswahl <i>Everhard Holtmann</i>	15
Sowohl-als-auch: Die Bundestagswahl vom 18. September 2005 <i>Forschungsgruppe Wahlen e.V.</i>	40
Ein Schritt vorwärts und zwei zurück? Stabiles und wechselndes Wahlverhalten bei den Bundestagswahlen 1994 bis 2005 <i>Hans Rattinger/Harald Schoen</i>	78
Vorwahlumfragen 2005 – ein Debakel? Ist der Ausgang von Wahlen noch vorhersagbar? <i>Richard Hilmer</i>	103
Bundestagswahlkampf 2005 – Strategische Rationalität versus personalisierte Emotionalität <i>Jens Tenscher</i>	117
Kampagnendynamik im Bundestagswahlkampf 2005 <i>Rüdiger Schmitt-Beck</i>	146
"Frau Merkel wird doch noch Kritik ertragen können...": Inhalt, Struktur, Wahrnehmung und Wirkung des wirtschaftspolitischen Teils der Fernsehdebatte 2005 <i>Jürgen Maier</i>	177
Angenähert oder ausdifferenziert? Das Wahlverhalten in Ost- und Westdeutschland bei der Bundestagswahl 2005 <i>Hanna Kaspar/Jürgen W. Falter</i>	202

Wählerwanderung bei der Bundestagswahl 2005: Umfang, Struktur und Motive des Wechsels <i>Jürgen Hofrichter/Michael Kunert</i>	228
Issuwählen bei der Bundestagswahl 2005: Eine empirische Schätzung der Verlustfunktion der deutschen Wählerschaft <i>Susumu Shikano/Joachim Behnke</i>	251
Kandidatenorientierungen und Wahlentscheid bei der Bundestagswahl 2005 <i>Oscar W. Gabriel/Silke I. Keil/S. Isabell Thaidigsmann</i>	267
II Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005	
Die Entwicklung sozialer Konfliktlinien in den Wahlen von 1994 bis 2005 <i>Martin Elff/Sigrid Roßteutscher</i>	307
Zur Sozialisation von Neuparlamentariern im 15. Deutschen Bundestag <i>Andreas M. Wüst</i>	328
Sie, Sie, Sie oder Er? Die Kanzlerkandidatur Angela Merkels im Spiegel der Daten einer experimentellen Befragung <i>Markus Klein/Ulrich Rosar</i>	346
Parteien und Kanzlerkandidaten bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 – Was, wenn sie zueinander passen, was, wenn nicht? <i>Bernhard Weßels</i>	358
Die verschwundene Popularitätsfunktion: Sind Arbeitslosigkeit und Inflation für das Wählerverhalten der Deutschen noch von Bedeutung? <i>Gebhard Kirchgässner</i>	380
Regionalisierung des Wahlverhaltens und des Parteiensystems seit 1949 <i>Oskar Niedermayer</i>	399
Der Einfluss der Bundespolitik auf die Stimmabgabe der Bürger bei Landtagswahlen unter besonderer Berücksichtigung der Stärke der Parteibindung <i>Kerstin Völkl</i>	421
Professionalisierte Kampagnenführung – eine systematische Messung <i>Rachel K. Gibson/Kim Jucknat/Andrea Römmele</i>	457

<i>Inhalt</i>	7
"Zittrige Wählerhand" oder invalides Messinstrument? Zur Plausibilität von Wahlprojektionen am Beispiel der Bundestagswahl 2005 <i>Thomas Plischke/Hans Rattinger</i>	484
Die "Amerikanisierung" der Medienberichterstattung über Bundestagswahlen <i>Frank Brettschneider</i>	510
Kognitive Mobilisierung oder nicht-kognitive De-Mobilisierung? Eine längsschnittliche Analyse der deutschen Wählerschaft für die Jahre 1976 bis 2005 <i>Dieter Ohr/Hermann Dülmer/Markus Quandt</i>	536
 III Internationale Trends und internationaler Vergleich	
Erwartungsbildung über den Wahlausgang und ihr Einfluss auf die Wahlentscheidung <i>Sascha Huber/Thomas Gschwend/Michael F. Meffert/Franz Urban Pappi</i>	561
Motive individuellen Wahlverhaltens in Nebenwahlen: Eine theoretische Rekonstruktion und empirische Überprüfung <i>Hermann Schmitt/Alberto Sanz/Daniela Braun</i>	585
Einstellungen zu Werten, Ideologien und Sachfragen als Determinanten des Wahlverhaltens in Mittel- und Südosteuropa <i>Tatjana Rudi</i>	606

Vorwort

Am 21. Juli 2005 löste Bundespräsident Horst Köhler den 15. Deutschen Bundestag auf und machte damit den Weg zu einer vorgezogenen Neuwahl frei. Anlass war die Niederlage der rot-grünen Koalition bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai 2005, einem Bundesland, das sich seit 1966 zu einer Hochburg der SPD entwickelt hatte. Die Ursachen lagen freilich tiefer. Der amtierenden Bundesregierung war es nicht gelungen, die Wählerschaft von der Notwendigkeit der von ihr eingeleiteten Reform des Sozialstaates zu überzeugen. Der Streit über die Agenda 2010, mit der Bundeskanzler Schröder sein politisches Schicksal verknüpft hatte, spaltete nicht nur die deutsche Gesellschaft, sondern auch die Partei des Bundeskanzlers und fand mit der Abwahl der nordrhein-westfälischen Landesregierung einen Kulminationspunkt, der der SPD-Führung überdeutlich die Erosion der Wählerbasis signalisierte.

Das vorzeitige Ende einer Regierung ist in einer Demokratie kein ungewöhnlicher Vorgang. Für Deutschland gilt diese Feststellung allerdings nicht, denn manche Beobachter der politischen Entwicklung interpretieren die für Deutschland typische zügige Bildung parlamentarischer Mehrheitsregierungen und deren Fortbestand während der gesamten Dauer der Legislaturperiode des Bundestages geradezu als ein Gütesiegel der deutschen Demokratie. So kam es in der Geschichte der Bundesrepublik nur viermal zu einer vorgezogenen Neuwahl des Bundestages, nämlich 1972, 1983, 1990 und 2005. Abgesehen von dem Sonderfall der vorzeitigen Neuwahl des Bundestages im Jahr 1990, die nicht aus einer innenpolitischen Krise resultierte, sondern durch die Wiedervereinigung bedingt war, weisen auch die anderen drei Auflösungszenarien ihre Spezifika auf und ähneln nur bedingt den anderen. Dies gilt auch für die Parlamentsneuwahl im September 2005.

Beginnen wir den Vergleich mit einer Gegenüberstellung der Bundestagswahlen 1983 und 2005. In der Gesamtbilanz der Rahmenbedingungen überwiegen die Unterschiede klar gegenüber den Gemeinsamkeiten. Zwar erlitt die von Bundeskanzler Schmidt geführte SPD-FDP-Koalition zwischen 1980 und 1982 einen starken Popularitätsverlust wie er 2005 auch für die Regierung Schröder eingetreten war. Anders als 2005 mündete die Erosion politischer Unterstützung jedoch nicht unmittelbar in eine Neuwahl des Bundestages ein. Der Wechsel von der sozialliberalen zur bürgerlichen Regierung wurde nicht durch eine Bundestagswahl, sondern bereits ein halbes Jahr zuvor durch ein erfolgreiches konstruktives Misstrauensvotum gegen Bundeskanzler Schmidt vollzogen. Der neugewählte Regierungschef, Helmut Kohl, verfügte über eine klare Mehrheit im Parlament, verfolgte aber das Ziel, einen unmittelbaren Regierungs-

auftrag durch die Wählerschaft zu erhalten. Da das Grundgesetz eine vorzeitige Auflösung des Bundestages nur in den Fällen des endgültigen Scheiterns einer Kanzlerwahl oder einer gescheiterten Vertrauensfrage des Bundeskanzlers vorsieht, wählte Kohl den verfassungsrechtlich und –politisch umstrittenen Weg über eine fingierte Niederlage in der Vertrauensabstimmung. Dieses Vorgehen hatte auch Bundeskanzler Schröder 2005 als Ausweg aus der Akzeptanzkrise einer Regierung gewählt. Dennoch waren die Bedingungen des Scheiterns andere als 1983. Anders als Kohl 22 Jahre zuvor hatte Schröder den Ausgang der nordrhein-westfälischen Landtagswahl als deutliches Signal für eine fehlende Unterstützung seiner Politik interpretiert und die Vertrauensfrage an die Wählerschaft auf dem Umweg über das Parlament gestellt.

Schröder wollte seiner Partei und der Wählermehrheit durch die vorgezogene Bundestagswahl die Zustimmung zu seiner Reformpolitik abringen, während Kohl eine Bestätigung des zuvor vollzogenen Regierungswechsels durch die Wählerschaft angestrebt hatte. Nicht allein das Zustandekommen der Neuwahl, sondern auch ihr Resultat stellten sich in den beiden Vergleichsjahren sehr unterschiedlich dar: Schröder wurde abgewählt, Kohl bestätigt.

Auch im Vergleich mit 1972 stellte sich die Situation im Jahr 2005 anders dar. Die erste vorzeitige Auflösung des Bundestages stand am Ende eines sehr komplizierten parlamentarischen Prozesses. Dessen erster Abschnitt war der Verlust der parlamentarischen Mehrheit durch die SPD-FDP-Regierung Brandt. Als zweiter Schritt folgte das Scheitern eines von der Unionsfraktion beantragten konstruktiven Misstrauensvotums gegen Bundeskanzler Brandt, der sich in dieser Abstimmung zwar behaupten konnte, aber trotz dieses Erfolges über keine parlamentarische Mehrheit für seine Regierung mehr verfügte. Den Abschluss des Prozesses bildete das Scheitern Brandts in einer Vertrauensabstimmung. Anders als 1983 und 2005 reflektierte deren Ausgang die realen parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse, nämlich den Verlust der 1969 von SPD und FDP errungenen Parlamentsmehrheit. Die Neuwahl brachte nicht allein eine Bestätigung der sozialliberalen Koalition. Diese konnte nach einem stark polarisierenden und mobilisierenden Wahlkampf ihre parlamentarische Basis deutlich verbreitern, und dies bei einer bis dahin noch nicht erreichten Wahlbeteiligung von 91,1 Prozent.

Wie drei dieser vier Fälle – der hier ausgenommene ist die vorgezogene Bundestagswahl anlässlich der Wiedervereinigung – zeigen, resultiert die Stabilität der parlamentarischen Mehrheitsregierungen in Deutschland unter anderem aus rigiden institutionellen Bestimmungen über die Parlamentsauflösung. Diese tragen einerseits zur Disziplinierung der Partner einer Koalitionsregierung bei, in schweren Regierungskrisen erweisen sie sich aber als kontraproduktiv. Entweder zwingen sie Regierungskoalitionen, deren Partner nicht mehr zur Zusammenarbeit bereit sind, diese dennoch fortzusetzen oder sie erzwingen neue Regierungsbündnisse, die die Parteien unmittelbar nach der Bundestagswahl gerade nicht eingegangen waren oder lassen der Regierung und dem Parlament nur die Möglichkeit, durch eine verfassungsrechtlich und verfassungspolitisch fragwürdige Manipulationen der Vertrauensabstimmung eine Neuwahl des Parlaments herbeizuführen. Zum Zeitpunkt der Gründung der Bundesrepublik hatte die Regelung über die Möglichkeiten einer Parlamentsauflösung ihren Sinn als Instrument zur Krisenprävention. Sie sollten dienen, eine Neuauflage der Weimarer Verhältnisse

zu unterbinden, die durch extrem häufige Regierungswechsel charakterisiert waren. In der stabilen parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik erweisen sich die restriktiven Regelungen über die Auflösung des Bundestages als Hemmschuh bei der Lösung von Regierungskrisen.

Wie die Umstände, unter denen die Wahl des 16. Deutschen Bundestages zustande kam, war auch deren Ergebnis vergleichsweise atypisch. Eine am Tag der Parlamentsauflösung, dem 21.07.2005, durchgeführte Umfrage von Infratest dimap, signalisierte noch eine hauchdünne Mehrheit der Parlamentsmandate für CDU/CSU und FDP. Bei der Sonntagsfrage erzielte die CDU/CSU 42 Prozent, die FDP 7 Prozent, die SPD 27 Prozent, die Grünen 12 Prozent und die Linkspartei 9 Prozent. Bereits zu diesem Zeitpunkt zeichnete es sich ab, dass die amtierende Regierung zwar nicht mehr die Mehrheit der Wähler hinter sich hatte, dass aber auch die Unionsparteien und die FDP möglicherweise keine Regierungsmehrheit würden erzielen können. Mit der Linkspartei war eine neue politische Kraft entstanden, die in etwa über ein gleich großes Wählerreservoir verfügte wie die FDP und die Grünen. In dieser Konstellation war die Bildung der in Deutschland klassisch gewordenen Zwei-Parteien-Regierungen keineswegs mehr gesichert.

Das Scheitern des zunächst erwarteten Regierungswechsels von Rot-Grün zu Schwarz-Gelb war denn auch das politisch wichtigste Ergebnis der am 18. September 2005 durchgeführten Bundestagswahl. Zwischen Ende Juli und dem Wahltag stieg der von der SPD in der Sonntagsfrage erzielte Stimmenanteil, während derjenige der Unionsparteien zunächst stagnierte und in der letzten Woche vor der Wahl geradezu abstürzte. In der Schlussbilanz lagen die SPD und die Unionsparteien praktisch gleichauf, das Gleiche galt für die drei kleinen Parteien. Außer der Linkspartei gab es keine Wahlsieger. Die Unionsparteien und die FDP hatten ihr Wahlziel insofern erreicht, als die rot-grüne Bundesregierung abgewählt worden war. Sie hatten aber das Ziel verfehlt, gemeinsam eine neue Bundesregierung zu bilden. Ähnlich sah es für Rot-Grün aus. Das Bündnis war gescheitert, weil abgewählt, aber erfolgreich, weil die Bildung einer Regierung aus CDU, CSU und FDP verhindert worden war.

Nach den Ergebnissen der seit der Bundestagswahl 2005 durchgeführten Umfragen hat sich die mit dieser Wahl entstandene neue Struktur des Parteiensystems der Bundesrepublik seither stabilisiert. Die Linkspartei konnte sich fest im parteipolitischen Gefüge der Bundesrepublik etablieren und erzielt in Umfragen einen Wähleranteil zwischen sieben und zwölf Prozent. Anders als vor der Bundestagswahl 2005 ist in Deutschland die Bildung einer stabilen Koalition aus CDU/CSU und FDP oder aus SPD und Grünen nicht mehr garantiert.

Da es in der politischen Publizistik Deutschlands zum guten Ton gehört, Veränderungen als Krisen zu interpretieren, war die politische Entwicklung der letzten vier Jahre ständig von der Frage nach den Zukunftsperspektiven des deutschen Parteiensystems und der Regierbarkeit der Bundesrepublik begleitet. Die Diagnosen einer politischen Zeitenwende oder einer Rückkehr zu den Weimarer Verhältnissen sind jedoch voreilig und spekulativ. Einerseits ist die Chance zur Bildung der bekannten Zweierbündnisse unter den Bedingungen einer hochgradig volatilen Wählerschaft nicht für alle Zeiten verschwunden. Und selbst wenn die scheinbar bewährten Strukturen des

Parteienwettbewerbs sich ändern und neue Muster der Regierungsbildung produzieren, müssen diese in erster Linie an ihrer demokratischen Legitimität und ihren Ergebnissen gemessen werden.

Im Hinblick auf ihr Zustandekommen und ihre Ergebnisse gehört die in diesem Band analysierte Bundestagswahl 2005 zu den interessanteren in der Geschichte der Bundesrepublik. Erstmals erzwangen die Wähler von Parteien, denen die Bereitschaft zum Ausprobieren gänzlich neuer Koalitionsoptionen fehlte, die Bildung einer Großen Koalition. Die Partner dieses erzwungenen Bündnisses hatten sich in den Jahren zuvor programmatisch relativ weit voneinander entfernt oder der Wählerschaft durch einen polarisierenden Stil der politischen Auseinandersetzung zumindest diesen Eindruck vermittelt. Erstmals trat eine große Volkspartei erfolgreich mit einer Kanzlerkandidatin an. Mit der Auseinandersetzung über die Reform des Sozial- und des Steuersystems hatte der Wahlkampf große Themen, aber weder die Union noch die SPD verstand es, eine Wählermehrheit von ihren programmatischen Vorstellungen zu überzeugen. Die seit der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl zu verzeichnenden Trends zu einer stärkeren Fraktionalisierung und Polarisierung des Parteiensystems sowie zur Stimmenthaltung setzten sich ungebrochen fort. Die starke Veränderung der Parteienteile im unmittelbaren Vorfeld der Wahlen zeigen die Volatilität der Wählerschaft und die Tendenz an, die Wahlentscheidung in sehr knappem zeitlichem Abstand vom Wahltermin zu treffen.

In der Tradition des Bandes „Wahlen und Wähler“ beleuchten die in diesem Band zusammengefassten Beiträge sowohl die Standardthemen der Wahlverhaltensforschung (Teil 1) als auch vom konkreten Wahlgang unabhängige theoretische und methodische Beiträge zu allgemeinen Themen der Wahlforschung (Teil 2). Im ersten Teil finden sich Beiträge über die politische Vorgeschichte der Bundestagswahl 2005, den Verlauf des Wahlkampfes, Ost-West-Differenzen im Wählerverhalten, Wählerwanderungen sowie Themen- und Kandidateneffekte. In Anbetracht der immer wiederkehrenden und 2005 besonders heftig geführten Debatten über die Zuverlässigkeit von „Wahlprognosen“ werden diese aus der Perspektive der akademischen und der kommerziellen Wahlforschung behandelt. Im zweiten Teil werden traditionelle wie neue Fragestellungen der Wahlforschung auf der Basis umfragebasierter oder experimenteller Daten behandelt. Einige der Beiträge befassen sich mit langfristigen Entwicklungstendenzen des Wählerverhaltens in Deutschland, andere mit seinen regionalen Ausprägungen. Wieder andere thematisieren in der Tradition der Blauen Bände spezielle Fragen der Wahl- und Wählerforschung aus „Anlass der Bundestagswahl 2005“. Der Band wird abgerundet durch einen Blick auf Wahlen in anderen europäischen Demokratien (Teil 3). Danken möchten die Herausgeber allen Autoren für ihre Kooperationsbereitschaft, insbesondere aber Julia Bischoff (Universität Stuttgart) für die sorgfältige Endredaktion der Manuskripte.

Stuttgart, Berlin, Mainz, März 2009

I

Analysen der Bundestagswahl 2005

Die politische Vorgeschichte der vorgezogenen Bundestagswahl¹

1 Rot-Grün in der selbst gebauten Falle des Reformpfades – das Strukturmuster eines unaufhaltsamen Machtzerfalls

Die politische Vorgeschichte der vorgezogenen Bundestagswahl 2005 war geprägt durch einen jahrelang anhaltenden Prozess zerfallender Regierungsmacht während der zweiten Amtsperiode des Kabinetts Gerhard Schröders. Dieser Machtzerfall setzte bereits wenige Monate nach den knapp gewonnenen Wahlen vom September 2002 ein. Die Stationen des Niedergangs sind bekannt: Er führte über die Regierungserklärung vom 14. März 2003, in welcher der Kanzler die Agenda 2010 ankündigte, über die anschließend umgesetzten Regelungen zur Reform des Arbeitsmarkts, für die das Hartz IV-Gesetz zu einer Chiffre mit hoher negativer Symbolkraft wurde. Die nächsten Stufen waren die Montags-Demonstrationen im Sommer 2004 und die Abwahl der rot-grünen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai 2005. Das Wahldebakel bewirkte die noch am gleichen Tag bekundete Entscheidung Schröders, das Instrument der "unechten" Vertrauensabstimmung anzuwenden, mit dem Ziel, Neuwahlen herbeizuführen. Dies wiederum brachte die Akteure des sich neu formierenden Linksbündnisses von PDS und WASG in Zugzwang, die im Juni und Juli 2005 erste Gehversuche unternahmen. Den Abschluss des Prozesses bildeten die gewollt verlorene Vertrauensabstimmung im Bundestag am 1. Juli 2005 und der exakt drei Wochen später fristgerecht verkündeter Beschluss des Bundespräsidenten, den Bundestag aufzulösen und vorzeitige Neuwahlen für den 15. September anzusetzen. Die dem Auflösungsakt zugrunde liegende Einschätzung der drei beteiligten Verfassungsorgane (Bundeskanzler, Bundestag, Bundespräsident), dass die amtierende Bundesregierung nicht mehr über eine parlamentarisch hinreichend gestützte Handlungsfähigkeit verfüge, wurde vom Bundesverfassungsgericht, das zwei Bundestagsabgeordnete angerufen hatten, am 25. August 2005 als verfassungsgemäß anerkannt (BVerfG, 2 BvE 4/05).

Die genannten Ereignisse markieren politische Krisenpunkte, die sich im Rückblick zu einer Spirale unaufhaltsamen Niedergangs zusammenfügen. Auf derselben abschüssigen Bahn lassen sich außerdem noch die für Rot-Grün teilweise dramatischen Verluste bei Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen, über die drei Jahre währende Wahlperiode verteilt, einordnen. Für das schließliche Scheitern des rot-grünen Regierungs-

1 Für Hilfe bei Recherche und Erstellen der Abbildungen danke ich Kerstin Emmerich.

bündnisses bietet die politikwissenschaftliche Literatur, die das Ende des "rot-grünen Projekts" bilanziert, vereinfachend zusammengefasst, hauptsächlich sechs Bestimmungsgründe an: bereits der Start sei der Regierung missglückt, der durch "programmatische[n] Dissens, unkoordiniertes Regierungshandeln und personelle Querelen" (Kornelius/Roth 2007: 33) gekennzeichnet gewesen sei; inhaltlich habe Konzeptionslosigkeit in der Regierungspolitik geherrscht (die Rede ist gar von einem "konzeptionellen Vakuum" zu Beginn der zweiten Kanzlerschaft Schröders; vgl. Zohlhöfer/Egle 2007: 12); die sozialdemokratische Regierungspartei sei zu einem, die Reformziele innerparteilich hinreichend vermittelnden "innovativen Diskurs" mit sich selbst unfähig gewesen (Mayer 2007: 95; vgl. ähnlich Niedermayer 2006: 119, 121); aus der ersten rot-grünen Regierungsperiode geerbte und sich danach weiter aufbauende Altlasten, insbesondere Massenarbeitslosigkeit und Konsolidierungszwang der öffentlichen Haushalte, hätten den Erfolg vereitelt; eine in der deutschen Gesellschaft weit verbreitete Reformverweigerung, die sich aus der konkreten Sorge um "soziale Besitzstandsinteressen eines größeren Teils der Bevölkerung" speiste (Kornelius/Roth 2007: 56), habe den Regierenden die "normative Resistenz des etablierten Sozialstaatsmodells" (Schmid 2007: 291) vor Augen geführt; schließlich hätten die mit der Richtung der sozialen Reformen "aufgeworfenen Gerechtigkeitsfragen" (Schmid 2007: 291) das Vertrauensfundament gerade einer für die Reformpolitik verantwortlichen Sozialdemokratie in der eigenen Gefolgschaft nachhaltig zerrüttet.

Die Erklärung für den Machtverlust läge demzufolge teilweise in einer Häufung objektiver Problemlagen; zu einem guten Teil muss sie jedoch auch im Handeln der gouvernementalen Akteure verortet werden. Wie stets, stellten auch in diesem Fall die auf der Makroebene angesiedelten Strukturen und Problemlagen (hier in Sonderheit die Institution des überforderten deutschen Sozialstaats, ferner ökonomische Rezession und Staatsverschuldung) lediglich Rahmenbedingungen dar, die das Handeln der Akteure nicht komplett fremdbestimmt bzw. determiniert haben. Von daher verbietet sich die einfache (oder auch apologetisch angewandte) Annahme einer allein auf widrige Mechanismen des Systems rückführbaren, "zwangsläufig" linear verlaufenden Abwärtsspirale des Machtverlusts, vergleichbar etwa einem ähnlich vereinfachenden, jedoch aufwärts gerichteten Fortschrittsparadigma bestimmter Modernisierungstheorien.

Zwar sah sich die rot-grüne Fortsetzungscoalition im Bund unbestreitbar schwierigen Kontextbedingungen gegenüber, die durch die prekäre Gleichzeitigkeit von struktureller Arbeitsmarktkrise, großen Deckungslücken im Haushalt und überforderten sozialen Sicherungssystemen geprägt waren. Zu Beginn der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts schienen die innenpolitischen Handlungsfreiheiten der in Deutschland Regierenden tatsächlich stark eingegrenzt. Doch als langfristig für den Verlust der Macht entscheidend erwies sich letztlich ein Akt strategischer und regierungsamtlich bewusst gesetzter politischer *Dezision*. Die Regierung Schröder handelte nach ihrem zweiten Wahlsieg nämlich keineswegs konzeptionslos. Sie forcierte vielmehr jenen "tief greifenden Kurswechsel" (Manfred G. Schmidt) in der Sozialpolitik, der die Unterstützung für Arbeitslose mit der Sozialhilfe verschmolz, außerdem die Alterssicherung von einem leistungsorientierten auf ein einnahmeorientiertes Niveau umstellte

und eine Eigenbeteiligung der Patienten im Krankheitsfall einführte (vgl. im Einzelnen Schmidt 2006: 145f.; Schmidt 2007: 295ff.).

Man kann diese Wende durchaus als einen sozialpolitischen Paradigmenwechsel ansehen. Widerlegt wurde damit auch die in der Theorie verbreitete These der "Reformblockade" (Schmid 2006a: 367ff.). Am hergebrachten Traditionsmuster des Sozialstaats gemessen, stellten die Riester-Rente, der Nachhaltigkeitsfaktor bei der Berechnung der Altersbezüge und Hartz IV jedenfalls deutliche "Pfadabweichungen" dar (Schmidt 2007: 303). Mit deren Bündelung in der Agenda 2010 begab sich die Regierung dann allerdings in eine von ihr selbst willentlich geschaffene, spezielle neue Pfadabhängigkeit (vgl. Pierson 2004), die sie in Belastungsproben mit der sozialdemokratischen Partei und Fraktion führte und einem wachsenden Teil ihrer Stammwähler entfremdete. Fortschreitende Delegitimierung und schließliches Ende der Kanzlerschaft Schröders waren mithin nicht das Produkt einer diffusen Eigenlogik "der Verhältnisse", sondern im Kern programmatisch selbsterzeugt, d. h. die finale Konsequenz einer riskanten, doch bewusst riskierten Richtungsentscheidung.

Einmal mit der Agenda 2010 öffentlich kommuniziert, entwickelte sich daraus eine ganz eigene Dynamik. Bei betroffenen Bürgern und in der Öffentlichkeit verdichteten sich die wahrgenommenen Wirkungen rot-grüner Politiksteuerung hinfort zu einem nachhaltigen Eindruck andauernden Regierungsversagens. Selbst Versuche der Regierenden, dem grassierenden Vertrauensverlust durch ein vorübergehendes Verlangsamten des Reformtempos und Korrekturen an Details der Reformgesetze entgegenzuwirken, brachten ihnen allenfalls vorübergehend Atempausen ein.

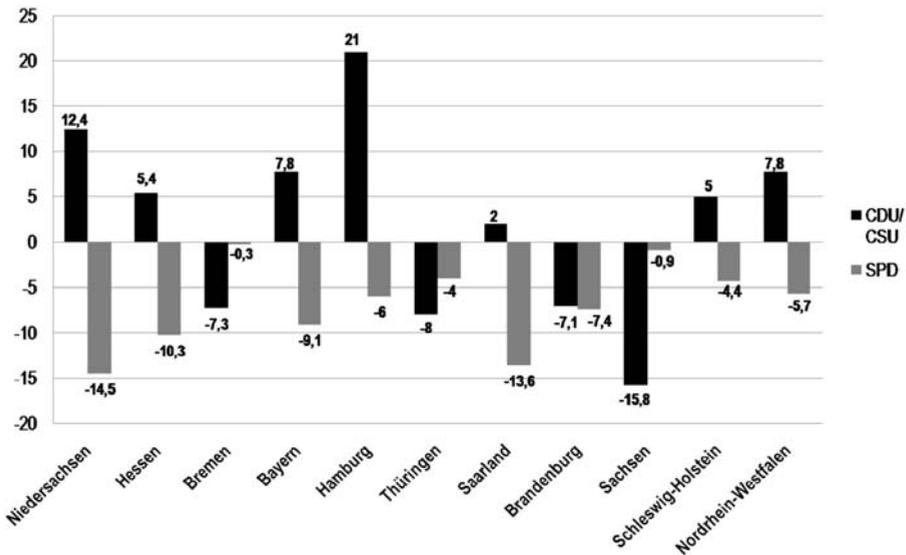
In der Ausgangslage um die Jahreswende 2002/2003 sah sich die kurz zuvor im Amt bestätigte Bundesregierung unter erhöhtem Zugzwang. Längst hatten die gesetzlichen Sozialsysteme, die gegen Arbeitsplatzverlust, Kranksein und Altersarmut absichern, die Grenzen der Belastbarkeit erreicht. Da zudem die Arbeitslosigkeit weiter anstieg und die im Herbst 2002 knapp behauptete Regierungsmacht sich nur instabil hielt, versuchte die rot-grüne Koalition, wie Schmidt und Zohlnhöfer zutreffend schreiben, "hohen Problemdruck in Reformtätigkeit" (2006: 308) umzusetzen. Weil dabei einerseits eine Steigerung staatlicher Finanzhilfen für die gesetzlichen Versicherungswerke die Verschuldung der öffentlichen Haushalte weiter in die Höhe getrieben hätten und andererseits die Politik mit höheren Unternehmenssteuern den weiteren Abbau von Arbeitsplätzen oder deren Abwanderung ins Ausland riskiert hätte, blieben als Alternative nurmehr eine erweiterte private Eigenverantwortung der Versorgungsempfänger bzw. Kürzungen bei versicherten Leistungen. Dass *umgesteuert* wurde, erklärt sich jedoch nicht mit hohem Problemdruck allein. Es bedurfte vielmehr auch der in Gerhard Schröder verkörperten personalen Konstellation einer risikobereiten politischen Führung, um ausgetretene Pfade sozialstaatlicher Reparaturroutinen zu verlassen.

Die von der Regierung Schröder eingeleiteten Systemkorrekturen vermittelten den Betroffenen indes weder das Gefühl einer gerechten Lastenverteilung noch die subjektive Sicherheit, dass trotz gestiegener Reformkosten die individuelle Absicherung im Leistungsfall tatsächlich stabiler werden würde. Ohnehin ist es in Zeiten steigender Arbeitslosenzahlen und entsprechender Lebensunsicherheit generell schwer, für den *Abbau* sozialstaatlicher Sicherungen das Einverständnis der Betroffenen zu gewinnen.

Erst in der Not aber, so beschrieb seinerzeit ein aufmerksamer Beobachter die psychologische Hürde, die sich für die Akzeptanz der Rückführung sozialer Leistungen in Deutschland damals aufbaute, sei der Staat auf das Prinzip der Eigenverantwortung verfallen. "Der Bürger erwartet in Krisen statt dessen mehr Schutz durch den Staat und genießt den Politikwechsel deshalb nicht als Gewährung neuer Freiheit, sondern als versteckte Ankündigung neuer Belastungen" (Winand von Petersdorff, in: Die Zeit 25/2004, S. 29). Die Quittung der Wähler ließ nicht lange auf sich warten: "Da diese Reform zunächst schnell klare Verlierer, bislang aber nur diffuse Gewinner hervorbrachte, trug sie maßgeblich zur Niederlage der SPD bei den Wahlen in Nordrhein-Westfalen bei" (Schmid 2006b: 196). Ungleich stärker als die mit ihnen verbündeten Grünen, erlitten auf dem Pfad der Agenda 2010 die regierenden Sozialdemokraten unweigerlich einen tiefen und faktisch nicht rückholbaren Vertrauensverlust. Auch hierfür gibt es keine monokausale Erklärung, sondern mehrere, einander verstärkende Gründe. Zum einen wurden die in die Reform involvierten Ressorts ausnahmslos von SPD-Ministern geführt. Daher konnte sich der grüne Koalitionspartner in der öffentlichen Wahrnehmung von direkter Mitverantwortung für unpopuläre Maßnahmen ohne Aufhebens abkoppeln. Zum anderen ging die Reformpolitik mit spürbaren Belastungen für breite Bevölkerungsschichten einher. Materiell betroffen war damit zwar die Klientel *beider* großer Volksparteien (vgl. Kornelius/Roth 2007: 56). Aber der Reform*malus* wurde vorrangig zu Lasten der SPD verbucht. Denn drittens wurden mit Art, Umfang und Richtung der Sozialreformen elementare Gerechtigkeitsfragen aufgeworfen, die sich gerade für die größere Regierungspartei bedrohlich auswirken sollten. In den Augen ihrer Anhänger hatte die SPD bisher immer für "Ergebnisgerechtigkeit" (Manfred G. Schmidt) gestanden und dieses Ziel programmatisch mit der egalisierenden Perspektive von "mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Eigentum und Macht" verknüpft (Schmidt 2006: 149). Ergebnisgerechtigkeit entspricht am ehesten den Interessen ressourcenschwacher Bürger, und so nimmt es nicht wunder, dass sich gerade sozialdemokratische Stammwähler dem sozialpolitischen Umsteuern ihrer Präferenzpartei verweigerten und sich von der SPD vorübergehend oder dauerhaft abwandten.

Der sich infolge der Reformpolitik sukzessive aufbauende politische Schaden für die SPD wurde auf mehreren Ebenen wirksam: Die Reformresistenz sozialdemokratischer Traditionswähler brachte die Partei bei den meisten Zwischenwahlen in Ländern und Kommunen dauerhaft auf die Verliererstraße (vgl. Abbildungen 1 und 2). Die Gewerkschaften gingen alsbald auf Kollisionskurs zu der als arbeitnehmerfeindlich gebrandmarkten Regierungspolitik und kündigten die historische Interessenkoalition mit der SPD faktisch auf. Die SPD verlor, drittens, weiter deutlich in wichtigen Politikfeldern bei der ihr zugeschriebenen Lösungskompetenz (vgl. Abbildungen 3, 5 und 8). Insbesondere ihr Ansehen als Anwältin sozialer Gerechtigkeit brach dramatisch ein – also ausgerechnet jene Moralidee, die den Kern sozialdemokratischer Parteiidentität darstellt und als ein politisches Hausgut für die Wahlchancen bei kommenden Bundeswahlen unersetzbar war. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte der SPD die Themenführerschaft allenfalls regional die PDS in Ostdeutschland streitig machen können.

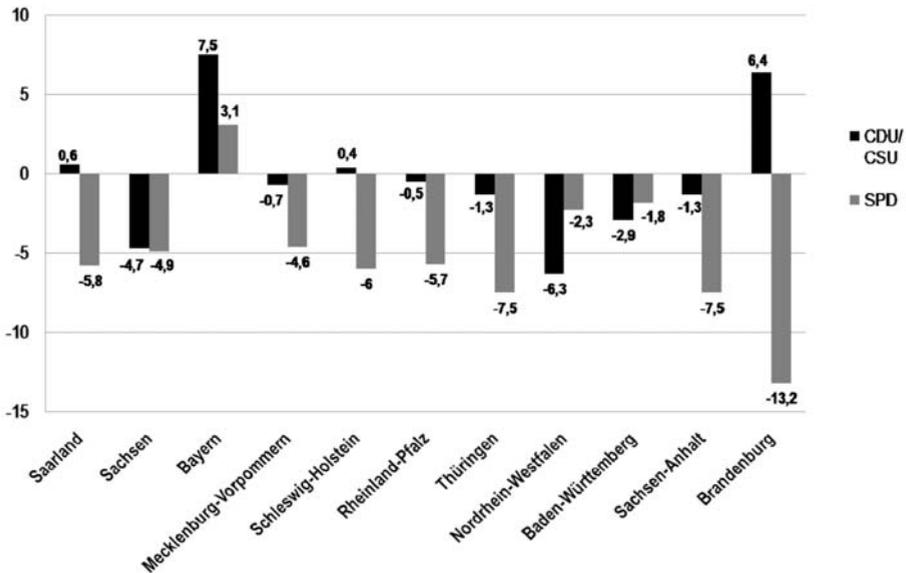
Abbildung 1: Gewinne und Verluste von SPD und CDU/CSU bei Landtagswahlen während der 15. Wahlperiode (Angaben in Prozent)



Quelle: Zohlnhöfer 2007.

Der fortschreitende Zerfallsprozess sozialdemokratischer Regierungsmacht lässt sich rückblickend auf allen drei Ebenen, die in der Parteienforschung analytisch unterschieden werden, beobachten: Eingeklemmt zwischen den lähmenden Effekten einer wachsenden innerparteilichen Polarisierung in den eigenen Reihen und einer gegenläufigen Mehrheit des Bundesrates, welche bei wichtigen Reformgesetzen ihre Vetomacht wirkungsvoll zu gebrauchen wusste, erwies sich die SPD als größte *Party in Government* mehr und mehr als nur bedingt handlungsfähig. Außerdem erlitt sie einen Absturz bei der Parteikompetenz. In der SPD-Bundestagsfraktion zum anderen, der Herzkammer der *Party in Parliament*, wuchs sich die Gruppe der *Dissenter*, wiewohl nicht wirklich fraktioniert, zu einem Unsicherheitsfaktor für die eigene Kanzlermehrheit aus. Umgekehrt setzte Gerhard Schröder auf ein situatives Krisenmanagement einsamer Entscheidungen, welche die Fraktion wiederholt vor vollendete Tatsachen stellte. Diese in der Tendenz monokratische Umformung des personal zentrierten Regierungsstils der Kanzlerdemokratie unterzog die für parlamentarische Regierungssysteme konstitutive Handlungseinheit von Regierung und Regierungsparteien *im* Parlament hierarchischen Zumutungen, die das Loyalitätsband zwischen Kanzler und Kanzlerpartei zusätzlich strapazierten. Auf der Ebene der *Party on the Ground* schließlich machte sich die nachlassende Kohäsion des sozialdemokratischen Lagers in politischer Entfremdung eines wachsenden Teils der Anhänger, in vermehrten Parteiaustritten und in zunehmender Abwanderung von enttäuschten Wählern sowie, seit Frühsommer 2005 in koordinierten Initiativen zur Gründung einer neuen Partei links von der SPD bemerkbar.

Abbildung 2: Gewinne und Verluste von SPD und CDU/CSU bei Kommunalwahlen während der 15. Wahlperiode (Angaben in Prozent)



Quelle: Wahldatenbank des Projektes A6/SFB 580.

Dass der fortwährende Verfall der Fundamente rot-grüner Regierungsmacht die oppositionellen Unionsparteien bei den nächstfolgenden regulären Bundestagswahlen in das Kanzleramt tragen würden, schien dennoch lange Zeit nicht sicher ausgemacht. Obwohl CDU/CSU seit der Jahreswende 2002/03 bei der Sonntagsfrage stets deutlich vorne lagen, zudem bei den von 2002 bis 2005 stattfindenden Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen auf Seriensiege gleichsam abonniert waren und überdies auch die Kompetenzführerschaft in der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik ungefährdet inne hatten, mochte aus der Summe dieser demoskopischen Vorteile lange Zeit keine echte Wechselstimmung entstehen (vgl. Abbildung 6). Da die Union die Mehrheit im Bundesrat kontrollierte, bei Hartz IV im Vermittlungsausschuß partielle Verschärfungen durchsetzte und bei der Gesundheitsreform 2003 in die Verhandlungen direkt einbezogen wurde, erschien sie für den Reformkurs zumindest in zweiter Linie mitverantwortlich. Zeitweise hatte die Opposition auch Rückschläge zu verkraften, so nach den Rücktritten von Friedrich Merz und Horst Seehofer aus leitenden Parteifunktionen, was allgemein als Teil CDU-interner Machtkonflikte mit der Vorsitzenden Angela Merkel gedeutet wurde, und ebenso im Herbst 2004 bei den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg sowie den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen. Erst im März 2005 – der Anstieg der Arbeitslosigkeit erreichte zu diesem Zeitpunkt die psychologisch kritische 5-Millionen-Grenze – sprachen sich 60 Prozent für einen Regierungswechsel in Berlin aus. Ende Mai/Anfang Juni 2005, kurz nach dem rot-grünen Desaster bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, stieg diese Quote auf 72

Prozent (vgl. Infratest dimap DeutschlandTrend 03/05 und 06/05 – im Folgenden DT abgekürzt).

Politisch *bessere* Zeiten versprach sich von einem Machtwechsel über die gesamte Wahlperiode hinweg allerdings konstant nur eine Minderheit der Bevölkerung. Noch im August 2005, wenige Wochen vor den vorgezogenen Wahlen zum Bundestag, meinte gerade ein Drittel der Bürger, dass die Union die anstehenden Aufgaben und Probleme besser lösen könne (vgl. Infratest dimap DT 08/05). Die langanhaltend ausgeprägte Unzufriedenheit mit den Leistungen der rot-grünen Bundesregierung lenkte also keineswegs zuverlässig mehr Wasser auf die Mühlen der Union. Dies lag daran, dass ein wachsender Teil der Bevölkerung *keiner* Partei mehr zutraute, die drängenden Probleme zu lösen. Und in dem Maße, in dem der Anteil derer, die unterschiedslos allen Parteien die Kompetenz absprachen, stieg, setzten sich perzipierte Leistungsdefizite der Regierungsparteien nicht mehr automatisch in einen entsprechenden Bonus für die Opposition um. Dass der für Wettbewerbsdemokratien typische "eherne Rhythmus" des Präferenzwechsels zwischen den Alternativen von Regierung und Opposition nicht so eindeutig ausgeprägt war, dürfte auch mit der Affinität *beider* deutscher Volksparteien zum Sozialstaatsmodell zu tun haben. Im internationalen Vergleich jedenfalls erweist sich, so Manfred G. Schmidt, dass in dieser Frage die zwei jeweils wichtigsten Parteien in anderen Ländern weiter auseinander liegen als CDU und SPD (vgl. Schmidt 2006: 150).

Generell schwindendes Vertrauen in die Leistungsfähigkeit politischer Parteien schloss indes eine kurzfristige Umschichtung von Wählerpräferenzen nicht aus. Gerade weil die Parteienkonkurrenz nicht um den Sozialstaat als solchen ausgetragen wurde, registrierten die Bürger seismographisch Kurskorrekturen zweiten und dritten Grades. Situativ wiederbelebt wurde der Parteiendifferenz-Faktor (vgl. zur Parteiendifferenzhypothese Schmidt 1995: 701; Schmid 2006b: 179) beispielsweise in der zweiten Jahreshälfte 2004 und dann nochmals in der heißen Phase des Wahlkampfes 2005, und zwar beide Male zu Lasten der ansonsten in den Umfragen permanent klar vorne liegenden Oppositionsparteien. Im Falle der Bundestagswahl 2005 dürfte dieser Faktor mit dazu beigetragen haben, die Union auf der Zielgeraden um ihren lange Zeit sicher geglaubten klaren Wahlsieg zu bringen: Zwar verhalf die Nominierung Paul Kirchhofs zum Steuerexperten in Merkels Schattenkabinett der CDU/CSU "offenbar zu stärkerer Profilierung in diesem Politikfeld" (Infratest dimap DT 09/05). Doch fürchteten 65 Prozent der Bürger, dass sie nach einem Regierungswechsel zusätzliche finanzielle Einschränkungen zu erwarten hätten (vgl. Infratest dimap DT 07/05). In den letzten 14 Tagen vor der Wahl büßten die Unionsparteien jedenfalls fast sieben Prozent an Wählerzuspruch ein – zu viel, um mehr als einen halben Machtwechsel herbeiführen zu können.²

2 Die Wahlforscher der FGW schreiben hierzu: "Erst als klar war, dass wirklich gewählt werden würde, wuchs in der großen Gruppe der politisch weniger interessierten Bundesbürger das Bewusstsein, dass mit einem Regierungswechsel der unbequeme Reformkurs nicht zum Stoppen kommen würde. [...] Vielmehr machte die Union mit ihrer offensiven Kampagne deutlich, dass die Reformpolitik mit unbequemen Einschnitten auch nach einem Machtwechsel weitergehen müsse" (Kornelius/Roth 2007: 38).

Der Schlüssel für den unaufhaltsamen Zerfall der sozialdemokratischen Regierungsmacht in der 15. Wahlperiode liegt, so können wir die bisherigen Überlegungen zusammenfassen, in der von Rot-Grün selbst aufgestellten Falle des Reformpfades, deren Strukturmuster sich im verminten Feld der Wirtschafts- und Sozialpolitik bereits während der ersten Regierungsperiode für die Koalition aufgebaut hatten. Im Vorwahlherbst 2002 waren die Vorboten dieser Gefangenheit kurzzeitig durch externe Einflüsse (Irak-Krieg, Elbe-Hochwasser) überdeckt worden. Nach dem Zwischenhoch des knappen Wiederwahl-Sieges traten jedoch die Dilemmata einer sozialdemokratisch verantworteten Reformpolitik umso ungebremster zutage. Wohl hielt Anfang 2004 eine überwältigende Mehrheit der Bundesbürger, nämlich 87 Prozent, eine Fortsetzung des begonnenen Reformkurses für notwendig, um die Probleme in den Sozialsystemen zu lösen. Zugleich forderten aber 52 Prozent eine gerechte Verteilung der dabei auftretenden Lasten ein (vgl. Infratest dimap DT 02/04).

Unschwer lässt sich in der Rückschau nachvollziehen, dass die im unteren und mittleren Drittel der Gesellschaft infolge der Politik sozialer Reformen alsbald spürbaren Belastungen elementare Erwartungen von sozialer Gerechtigkeit aktivieren mussten, die mit gegebenen Sachzwängen finanzieller Konsolidierung der Systeme sozialer Sicherung, steuerlicher Entlastung der Unternehmen und Senkung von Lohnnebenkosten nur schwer vereinbar waren und sind. Für die SPD-geführte Bundesregierung erwies sich unter diesen Umständen die grundsätzliche Zustimmung der Bürger zur Reformpolitik als eine "vergiftete" Lizenz zum Weiterregieren. In dem Maße, wie die Parteiführung die Reformen vorantrieb und wie sie für die als unsozial empfundenen Auswirkungen ihrer Reformagenda geradestehen musste, bewegte sie sich nur noch tiefer in die selbst gebaute Falle des schwindenden Grundvertrauens ihrer Traditionswähler hinein. Der "Gerechtigkeitsverstoß", den die Reformpolitik in vieler Augen darstellte, untergrub auf Dauer die sozialmoralische Glaubwürdigkeit der regierenden SPD, mit den bekannten, anhaltend negativen elektoralen Effekten. Die massenhafte Abwanderung von Wählern und ebenso massive Auswanderung aus der Partei wiederum hatten zur Folge, dass die Handlungsfähigkeit der Kanzlerpartei auf allen drei zusammenhängenden Ebenen, also als kollektiver Akteur in Regierung, im Parlament und im Wettbewerb um Mitglieдерzuspruch und Wählerstimmen, zunehmend gelähmt worden war.

Vor diesem Hintergrund wird der Entschluss Bundeskanzler Schröders, über die "unechte" Vertrauensfrage den Weg vorzeitiger Neuwahlen zu gehen, als ein folgerichtiger Versuch erkennbar, der gouvernemental aufgestellten Falle der Reformpolitik mit einem Befreiungsschlag zu entrinnen. Bis dahin hatte nämlich die Reformpolitik ihre eigenen pfadabhängigen Effekte derart entwickelt, dass der Handlungsspielraum der politisch verantwortlichen Akteure stark beschnitten und die Legitimationsreserven speziell der regierenden Sozialdemokratie schrittweise aufgezehrt worden waren. Der Rückgriff auf den Artikel 68 des Grundgesetzes stellt sich im Rückblick als Höhe- und Schlusspunkt einer zuletzt, nach der Abwahl der letzten rot-grünen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen, geradezu dramatisch eingeschränkten Regierungsfähigkeit dar. Nur mit einem Kraftakt, indem der Kanzler bei außeralltäglichen institutionellen Mit-

teln Zuflucht nahm, ließ sich, so schien es – wenn überhaupt – noch verhindern, dass ausgehöhlte Regierungsmacht endgültig in Agonie umkippte.

Im Folgenden werden wichtige Stationen dieses Szenarios nachgezeichnet, das sich für die rot-grüne Regierung, mit deren aktivem Zutun, mit Eintritt in die 15. Wahlperiode aufbaute. Als kritische Kreuzungspunkte (bei Pierson 2004 "critical junctions") des Weges, an welchen Initiativen maßgeblicher Akteure die politische Entwicklung im Tempo beschleunigten bzw. verlangsamten oder in der Richtung zu korrigieren suchten, können vor allem das Verkünden der Agenda 2010, das Inkrafttreten des Hartz IV-Gesetzes und des Gesetzespaketes der Gesundheitsreform, der Verlust der regionalen Regierungsmacht an Rhein und Ruhr, das Wahlbündnis von PDS und WASG, die auflösungsgerichtete Vertrauensfrage Schröders im Bundestag und deren justizielle Absegnung durch das Bundesverfassungsgericht sowie die teilweise überraschenden Effekte der Polarisierung im Laufe des kurzen Bundestagswahlkampfes gelten. Anhand dieser, auf hervorstechende Ereignisdaten bezogenen Darstellung werden die Faktoren, welche die Vorgeschichte der vorzeitigen Bundestagswahl 2005 beschreiben und erklären, in wechselnder Kombination deutlich. Die für den nachstehenden Beitrag herangezogenen Daten repräsentativer Umfragen bilden jene latenten und akuten Stimmungslagen ab, die den Prozess des Machtzerfalls der Regierung Schröder auf der Einstellungsebene begleitet haben und im Längsschnitt dreier Jahre den Sturz der Kanzlerschaft Schröders im kritischen Urteil der Bevölkerung ankündigen.

2 Regieren gegen die Präferenzen des Prinzipals: Agenda 2010, Hartz IV und die fortschreitende Delegitimierung der Reformpolitik

Zu Beginn der zweiten Amtszeit der rot-grünen Regierung rangierte die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als bald wieder "ganz oben auf der Forderungsliste der Bundesbürger" (Infratest dimap DT 10/02). Sichtbare Erfolge in diesem Politikfeld vorweisen zu können, war folglich ein Schlüssel für Erfolg oder Scheitern der Regierung Schröder. Die Vorschusslorbeeren, mit welchen viele Wähler im Sommer 2002 die öffentliche Präsentation der Vorschläge der Hartz-Kommission zur Reform des Arbeitsmarktes bedacht hatten, waren wenige Wochen nach der Wahl, nämlich schon im Oktober desselben Jahres, aufgezehrt. Drei Viertel der Bevölkerung (74%) glaubten nicht, dass die Bundesregierung die Arbeitslosigkeit deutlich senken könne. Desgleichen hatten sich die Zweifel an positiven Effekten der Hartz-Vorschläge verstärkt: Im November 2002 traute nur noch jeder zehnte Bundesbürger dem Konzept ein deutliches Absenken der Arbeitslosigkeit zu; im Juli desselben Jahres waren dies noch doppelt so viele gewesen (vgl. Infratest dimap DT 10 und 11/02).

Kaum wiedergewählt, musste sich die Regierung also um ihre politische Prokura ernstlich sorgen. Die im öffentlichen Bewusstsein neuerlich vorherrschende ökonomische Problemlage ließen Kanzler, Kabinett und Kanzlerpartei "in der Wählergunst dramatisch abstürzen" (Niedermayer 2006: 125). Bei den – für Wahlentscheidungen vorrangig wichtigen – Parteikompetenzen erfuhr die SPD herbe Einbrüche: Im Februar 2003 trauten nur jeweils 16 Prozent der Deutschen den Sozialdemokraten zu, die Wirt-

schaft anzukurbeln sowie Arbeitsplätze zu sichern bzw. neue zu schaffen. Im Vergleich zu November 2002 war dies ein Minus von 12 Prozentpunkten. In beiden Feldern bauten die Unionsparteien ihren großen Vorsprung (63% Wirtschaft und 56% Arbeit) noch aus (vgl. Infratest dimap DT 2/03).

Andererseits registrierte die Regierung aufmerksam, dass zum gleichen Zeitpunkt die Bevölkerung mehrheitlich die von der Hartz-Kommission erarbeiteten Vorschläge zur Arbeitsmarktreform unterstützte. So befürworteten etwa 52 Prozent die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, mithin ein Herzstück der späteren Hartz IV-Reformen (vgl. Infratest dimap DT 2/03). In dieser Situation suchte die Regierung ihr Heil in der reformerischen Offensive: Die Agenda 2010 wurde auf den Weg gebracht. "Mitte Februar von Schröder-Mitarbeitern als Idee geboren, wurde sie ohne Einbeziehung der Partei in einer Blitzaktion von den Ministerialbürokratien und dem Kanzleramt ausformuliert" (Niedermayer 2006: 126) und mit einer Regierungserklärung am 14. März 2003 öffentlich vorgestellt.³ Die Agenda 2010 "sah ein Bündel von Kursänderungen und von tiefer gehenden Reformen vor" (Schmidt 2007: 297), die dem Ziel dienten "die Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung zu schaffen und den Sozialstaat dauerhaft zu sichern" (Schmid 2007: 281). Verbunden war dies mit spürbaren Einschnitten im Arbeitsrecht sowie in den Bereichen Arbeitsmarkt, Altersversorgung und Gesundheit. Zur Agenda gehörten die so genannten Hartz-Gesetze, welche u. a. die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sowie eine gekürzte Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes vorsahen (vgl. zu den Regelungen im Einzelnen Schmidt 2007; Schmid 2007).

Abermals demonstrierte Gerhard Schröder mit dem Ankündigungsgestus der Agenda 2010 seine Vorliebe für exekutive Führerschaft in für die Bewahrung seiner Kanzlermacht kritischen Situationen. Repräsentanten der Partei wurden erst wenige Tage vor der Regierungserklärung einbezogen. Die Agenda "kam überfallartig auf die SPD herab, fast bonapartistisch von oben wollte Schröder seine Partei für die Wende zum Weniger begeistern" (Korte 2007: 177). Nach außen zumindest demonstrierte die Partei Geschlossenheit: Auf dem Sonderparteitag am 1. Juni 2003 stimmten rund 90 Prozent der Delegierten dem Reformprogramm zu.

Indes fielen die Reaktionen im Umfeld der Sozialdemokratie ernüchternd aus. Die angekündigten Reformvorhaben, die für breite Bevölkerungsschichten mit teilweise schmerzlichen Einschnitten verbunden wären, wurden vor allem von Gewerkschaftsseite als "Sozialabbau" scharf kritisiert" (Infratest dimap DT 4/03). Die Agenda 2010 trieb einen Keil in die traditionell enge Partnerschaft von DGB und Sozialdemokratie; überdies beschleunigte sie, wie sich alsbald deutlich zeigen sollte, die Polarisierung *in* der SPD sowie zentrifugale Tendenzen im sozialdemokratischen Lager. Auch in der Bevölkerung hatte sich nach Schröders Regierungserklärung die Stimmung gedreht: Das Reformprojekt der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe wurde nun

3 Laut Kortes detaillierter Rekonstruktion des Ablaufs reichen die Vorarbeiten für die Agenda-Rede in das Wahljahr 2002 zurück. Die Vorlagen wurden demzufolge in einer amtsinternen Runde unter Leitung von Kanzleramtschef Steinmeier erarbeitet und in einer frühen inoffiziellen Version auch Horst Seehofer, dem sozial- und gesundheitspolitischen Experten der CDU, zugespielt (vgl. Korte 2007: 175ff.).

mehrheitlich (von 52%) abgelehnt. Die Meinungsforscher konstatierten im Vergleich zum Februar, als noch eine Mehrheit denselben Reformschritt begrüßt hatte, ein deutlich gewandeltes Meinungsbild, das weit in die Reihen der – verbliebenen – SPD-Anhänger hineinreichte; "möglicherweise eine Folge der Diskussion um die Konsequenzen dieser Maßnahme, die nach Schröders Vorstellung eine Absenkung der staatlichen Unterstützung auf Sozialhilfeniveau bedeutet" (Infratest dimap DT 4/03).

Am 24. Dezember 2003 verabschiedete der Bundestag das "Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt" (Hartz IV). Über strittige Punkte, die nachträglich von CDU-Ministerpräsidenten reklamiert wurden (kommunales Optionsmodell für die Arbeitsvermittlung, Bundeszuschüsse bei ALG II), kam es am 1. Juli 2004 im Vermittlungsausschuß zu einer Einigung (vgl. Schmid 2007: 281).⁴ Der Konsens auf der Ebene der Gesetzgebung erwies sich jedoch als Stille vor dem Sturm. Denn zum gleichen Zeitpunkt wurde die Aussetzung der jährlichen Rentenanpassung erstmals wirksam. Bereits zum 1. Januar 2004 waren mit dem so genannten GKV-Modernisierungsgesetz Zuzahlungen der Versicherten und die Praxisgebühr eingeführt worden (vgl. Dobner 2007: 126). Seitens der Betroffenen wurden die Eingriffe als kumulierte soziale Zumutung empfunden. Vier von fünf Bundesbürgern (und 82% der SPD-Anhänger) attestierten der Bundesregierung, sie vernachlässige "die Interessen der kleinen Leute" (Infratest dimap DT 2/04). Der DGB und seine größten Einzelgewerkschaften machten am 1. Mai 2004 mobil "für andere gesellschaftliche Mehrheiten und für eine politische Wende". Der IG Metall-Vorsitzende Peters sah seine Organisation gefordert, "eine breite Bürgerbewegung aufzubauen, die die Sozialdemokraten zwingt, zur Vernunft zu kommen" (Zitate nach Der Spiegel 29/2004, S. 24).

Eine solche Bewegung formierte sich bundesweit als spontaner Protest als, beginnend mit dem 19. Juli, die Anträge auf Gewährung von ALG II an die rund 2.3 Millionen Langzeitarbeitslosen und ihre Familien verschickt wurden (vgl. Artikel "Die angemessene Armut", Süddeutsche Zeitung vom 3.4.2004, S. 3). Erst jetzt wurden die Betroffenen unter anderem mit den detaillierten Regelungen zu anrechenbarem Vermögen und erlaubtem Selbstbehalt unmittelbar konfrontiert. In den folgenden Wochen bis September kam es vielerorts zu so genannten Montags-Demonstrationen, die, mit einem Schwerpunkt im Osten Deutschlands, zeitweise zehntausende Menschen "gegen Hartz IV" auf die Straße brachten. Gewerkschaften, PDS und Agenda kritische SPD-Mitglieder des Gewerkschaftsflügels, die Mitte Mai 2004 die "Initiative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit" (ASG) gegründet hatten, schlossen sich den Protestaktionen an. Weniger das zahlenmäßige Ausmaß der Proteste,⁵ das auch auf ihrem Höhepunkt nicht die Größenordnung einer Massenbewegung erreichte, als vielmehr die direkte moralische Konfrontation mit kollektiv zum Ausdruck gebrachter Empörung von Armutsbetroffenen über "soziale Ungerechtigkeit", was die öffentliche Aufmerksamkeit für Hartz IV und die Neuregelung der Arbeits- und Sozialhilfe schlagartig ansteigen ließ,

4 Eine Chronologie zur Arbeitsmarktpolitik 2002 – 2005 bietet Schmid 2007: 282ff.

5 Nüchtern betrachtet, blieb die Zahl der Demonstrierenden überschaubar: Am 9. August etwa nahmen in Magdeburg 12 000 bis 15 000, in Leipzig ca. 10 000 und in weiteren Städten Sachsen-Anhalts rund 10 000 Menschen teil. Im Ruhrgebiet demonstrierten zeitgleich, Presseberichten zufolge, "Hunderte" (Angaben nach Mitteldeutsche Zeitung vom 10.8.2004, S. 1).

bewog die Bundesregierung im August 2004 dazu partiell einzulernen.⁶ Es war dieses Thema, das im September 58 Prozent der Bundesbürger (in Ostdeutschland 68%) am meisten bewegte. Noch im Juni war Hartz IV, wie die Meinungsforscher registrierten, "kaum wahrgenommen" worden. Auch Anfang Juli 2004 hielten es nur 15 Prozent für die wichtigste Frage. Doch bis zur ersten Augustwoche hatte sich der Aufmerksamkeitswert auf 44 Prozent verdreifacht (vgl. Infratest dimap DT 9/04). Bis zum Inkrafttreten der Arbeitsmarktreformen mit Jahresbeginn 2005 gelang es der Regierung trotz flankierender Öffentlichkeitsarbeit nicht, die skeptische Grundstimmung umzukehren. Drei Viertel der Deutschen (76%) rechneten Ende 2004 nicht damit, dass die Arbeitsmarktreformen zu dauerhaft mehr Beschäftigung führen würden (vgl. Infratest dimap DT 1/05).

Gleichwohl hellte sich der trübe politische Himmel im zweiten Halbjahr 2004 für Rot-Grün überraschend auf. Der Grund hierfür war eine deutliche Schwächephase der Oppositionsparteien. Zwischen beiden Unionsparteien aufbrechende Meinungsverschiedenheiten über die Gesundheitsreform, ferner die von der CDU-Spitze lancierte Idee einer steuerfinanzierten Kopfpauschale sowie der Rückzug von Friedrich Merz und Horst Seehofer aus ihren Funktionen als führende Fachpolitiker der Partei, ließen die CDU/CSU als inhaltlich zerstritten, im wichtigen Feld der Wirtschafts- und Sozialpolitik als wenig kompetent und als personell nicht überzeugend aufgestellt erscheinen. Im Dezember 2004 war eine Mehrheit der Bundesbürger (53%) der Meinung, dass die Union nicht konsequenter für Reformen eintrete als die Bundesregierung (vgl. Infratest dimap DT 12/04).

Die kräftigen Stimmenverluste der CDU bei Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen sowie auch bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen im Herbst 2004, und ebenso die selbst erzielten – nicht eben glanzvollen⁷ – Ergebnisse (vgl. Abbildungen 1 und 2) wurden von Kanzler und SPD-Führung flugs als Zeichen der eigenen Stabilisierung gedeutet. Die SPD, so Schröder, habe ihren Negativtrend bei Wahlen auch dank der Reformpolitik stoppen können (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 28.9.2004, S. 1). Diese zweckoptimistische Einschätzung hatte indes in den Einstellungen der Bevölkerung nicht einmal regional ein stabiles Fundament. Vorwahlumfragen zeigten beispielsweise, dass 59 Prozent der nordrhein-westfälischen Bürger einen Einfluß von Hartz IV auf ihre Wahlentscheidung bei der Kommunalwahl bejahten; und fast drei Viertel (74%) meinten, dass der Denkkettel gegen die Arbeitsmarktreform bei diesen Wahlen vor allem der SPD schaden werde (vgl. Infratest dimap, NRW Trend 8/04).

6 Anders als mit einer – öffentlich heftig umstrittenen – Ankündigung Minister Clements ursprünglich vorgesehen, wurde das ALG II nicht erst zum 1. Februar, sondern zum 1. Januar 2005 ausbezahlt. Außerdem wurden die Kinderfreibeträge erhöht (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 13.8.2004, S. 2).

7 Bei den Kommunalwahlen am 26.9.2004 in Nordrhein-Westfalen etwa verlor die CDU 6,9 Prozent und die SPD "nur" 2,2 Prozent. Dies war jedoch ihr bisher schlechtestes Ergebnis überhaupt, dem bei den Kommunalwahlen 1999 schon erdrutschartige Verluste (- 8,4%) vorausgegangen waren. In absoluten Zahlen ausgedrückt, büßte die SPD 2004 weitere 162 000 Wähler ein (vgl. FAZ vom 14.9.1999; Süddeutsche Zeitung vom 28.9.2004).

Im ersten Vierteljahr 2005 verflüchtigte sich bundesweit das politische Zwischenhoch von Rot-Grün. Mit Inkrafttreten von Hartz IV zum 1. Januar 2005 definierte die Bundesregierung, so Nico Fickinger und Klaus Zimmermann, "praktisch über Nacht die meisten Sozialhilfeempfänger zu Arbeitslosen um". Mit dem dadurch bewirkten statistischen Anstieg der Arbeitslosenzahl auf weit über 5 Millionen und dem damit höchsten Stand der deutschen Nachkriegsgeschichte "wurde dem Reformkurs medial das Genick gebrochen" (FAZ vom 11.6.2005, S. 11). Auch wenn nur 49 Prozent der Deutschen für die Rekordarbeitslosigkeit primär die Bundesregierung verantwortlich machten, hegte seit Jahresbeginn 2005 die übergroße Mehrheit der Bevölkerung wenig Hoffnung auf positive Erfolge der soeben eingeführten Arbeitsmarktreformen. Vor allem Arbeitslose hegten starke Zweifel und gingen auf Distanz zur Regierung.⁸ Spätestens im März war der kurzzeitig aufwärts zeigende Stimmungstrend für die Regierenden gebrochen: 60 Prozent der Bundesbürger sprachen sich in jenem Monat für einen Regierungswechsel in Berlin aus (vgl. Infratest dimap DT 1/05 bis 3/05). Von einer breiten und stabilen Überzeugung, dass eine unionsgeführte Regierung bessere Arbeit leisten werde (im April bejahten dies 34%, im Mai 33%), war diese Wechselstimmung allerdings nicht getragen (vgl. Abbildung 6).

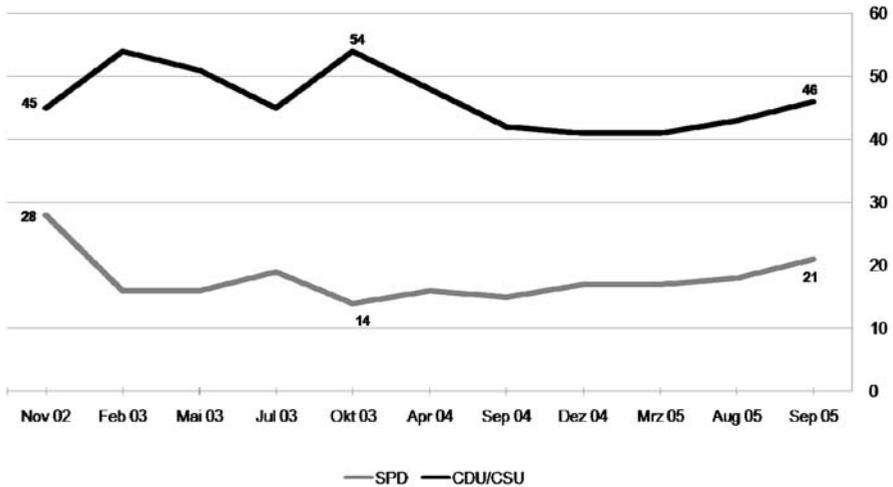
Ersichtlich wird: Die Bundesregierung hatte sich von den Präferenzen ihres Prinzipals weit entfernt. Doch dieser, das Wahlvolk, akklamierte keineswegs schon die Unionsparteien als neu gekürte politische Agenten. Der so genannte Jobgipfel, zu dem am 17. März 2005 die Spitzen von Union und Bundesregierung im Kanzleramt zusammentrafen, war in seinem Verlauf und Ergebnis eher ein Zeichen der anhaltenden innenpolitischen Pattsituation und konzeptioneller Ermüdung. Kanzler und SPD-Führung signalisierten zwar Bereitschaft, die Körperschaftsteuer zu senken und die Erbschaftsteuer zu reformieren, lehnten aber die von CDU/CSU geforderte Flexibilisierung der Arbeitsmärkte ab.

3 Als Partei kompetenter, doch als Regierung nicht die bessere Alternative – die gespaltene Wahrnehmung der CDU/CSU-Opposition

Wie von der Wahlforschung wiederholt nachgewiesen, ist die einer Partei zugeschriebene oder versagte Kompetenz zur Lösung dringender Probleme für die weitaus meisten Bürger der ausschlaggebende Faktor ihrer Wahlentscheidung. Von daher schien der Machtwechsel in Berlin mit dem Ablauf der 15. Wahlperiode vorprogrammiert. In den Schlüsselkompetenzen, also Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, Voranbringen des Wirtschaftsstandorts Deutschland und Lösung der Zukunftsprobleme des Landes, lagen CDU/CSU von Ende 2002 bis September 2005 klar vorne. Der Vorsprung vor der SPD betrug niemals weniger als 10, meistens aber mehr als 20 Prozentpunkte (vgl. Abbildungen 3 bis 5).

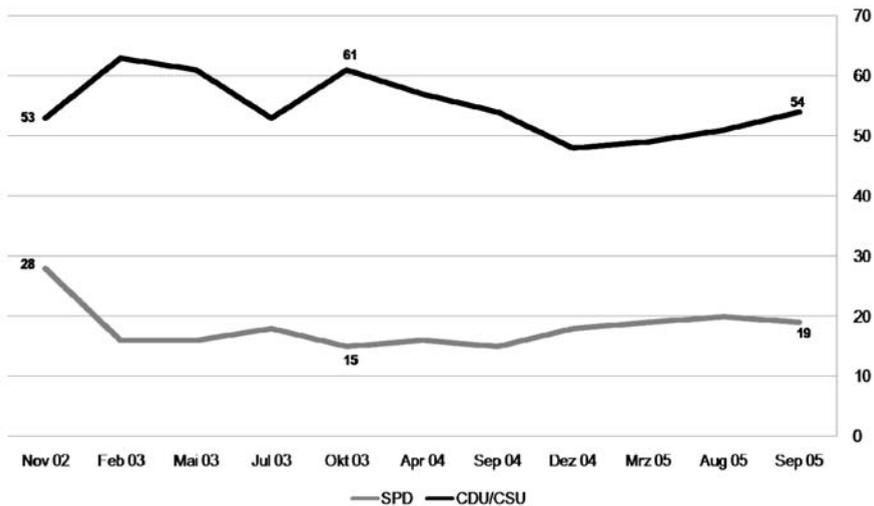
8 "In keiner anderen Bevölkerungsgruppe fällt der Rückhalt der Bundesregierung derzeit geringer aus" (Infratest dimap DT 2/05).

Abbildung 3: Bewertung der Parteikompetenz "Arbeitsplätze sichern und neue schaffen" (Angaben in Prozent)



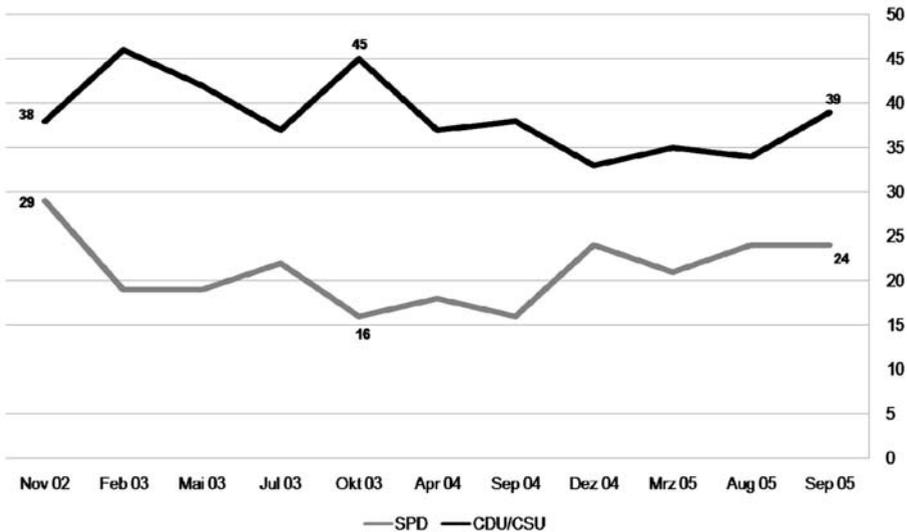
Quelle: Infratest dimap DeutschlandTrend.

Abbildung 4: Bewertung der Parteikompetenz "Wirtschaftsstandort Deutschland voranbringen" (Angaben in Prozent)



Quelle: Infratest dimap DeutschlandTrend.

Abbildung 5: Bewertung der Parteikompetenz "Zukunftsprobleme lösen" (Angaben in Prozent)

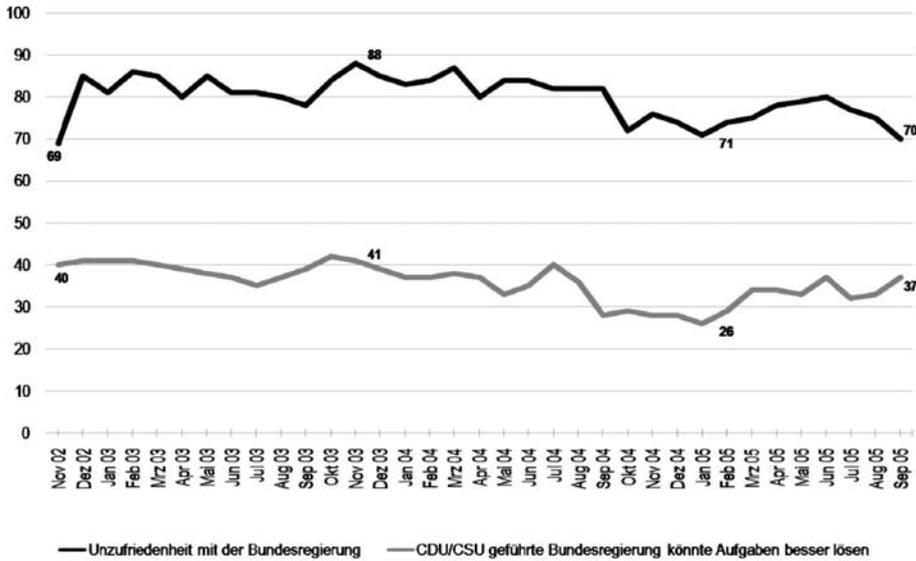


Quelle: Infratest dimap DeutschlandTrend.

Dass die Union in der politischen Stimmung zwischen November 2002 und Juli 2005 stets deutlich bis sehr deutlich vor der SPD rangierte (vgl. Zohlhöfer 2007: 135; Kornelius/Roth 2007: 33), scheint diesen Kompetenzvorsprung der Oppositionsparteien nachhaltig zu reflektieren. Ebenso plausibel erscheint der Zusammenhang zwischen meist massiven Stimmenverlusten der SPD bei Landtags- und Kommunalwahlen mit den anhaltend schlechten Kompetenzwerten der Partei. Doch andererseits konnte die CDU bei derselben Serie von Zwischenwahlen ihre Kompetenzführerschaft nicht durchgehend in konkrete Stimmengewinne umsetzen, bei Kommunalwahlen noch weniger als bei Landtagswahlen (vgl. Abbildungen 1 und 2). Dies erklärt sich zum Teil mit regional unterschiedlichen Effekten der Bundespolitik als Wahlmotiv bei Landeswahlen (vgl. hierzu Gabriel/Holtmann 2007; weitere Beiträge in ZParl 3/2007 und neuestens Völkl et al. 2008) sowie mit den lokal spezifischen Bedingungen bei kommunalen Wahlen. Aber das bundespolitische Erscheinungsbild der Union war eben in der Wahrnehmung der Bürger durchaus nicht strahlend positiv: Dass eine unionsgeführte Bundesregierung die anstehenden Aufgaben und Probleme besser lösen könne, glaubte nur eine Minderheit der Bevölkerung, die zumeist weniger als 40 Prozent betrug und im September 2005, dem Neuwahlmonat, bei 37 Prozent lag (vgl. Abbildung 6).

Eine hohe *Kompetenzzuweisung* für CDU und CSU ging also nicht einher mit einem ebensolchen *Performanzvertrauen*. Deshalb geriet die Opposition auf der Zielgeraden des Wahlkampfes 2005, als die SPD ihre Kampagne gegen "radikal-liberale Vorhaben der Unionsparteien und der FDP" ausrichtete (Schmidt 2007: 302), gehörig ins Straucheln.

Abbildung 6: Umfragedaten im Vergleich: Unzufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung und "Eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung könnte die anstehenden Aufgaben und Probleme besser lösen" (Angaben in Prozent)



Quelle: Infratest dimap DeutschlandTrend.

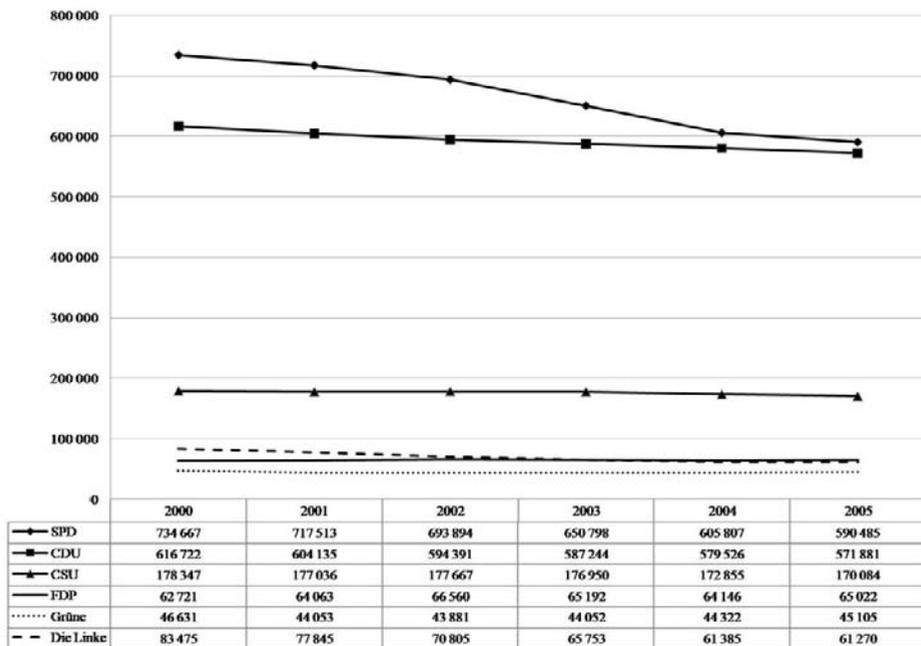
4 "Voice" und "Exit" im sozialdemokratischen Lager – innere Fragmentierung und Auszehrung der SPD sowie das Entstehen einer neuen Linkspartei

Der Reformkurs der Agenda 2010 unterzog die SPD auf den Ebenen der Bundestagsfraktion, der innerparteilichen Willensbildung und der Mitgliederstärke sowie des Wettbewerbs um Wählerstimmen schubweise sich verstärkenden Belastungsproben. Der Widerstand des linken Flügels *innerhalb* der Partei und Fraktion äußerte sich erstmals in einer von mehreren Bundestagsabgeordneten initiierten Aktion für ein Mitgliederbegehren, das die Agenda abwenden sollte. Zu diesem Parteiplebiszit kam es zwar nicht, wohl aber zu einem Sonderparteitag am 1. Juni 2003, auf dem Gerhard Schröder, auch mit Andeutung seines möglichen Rücktritts, die große Mehrheit der Delegierten hinter sich brachte. Auch in der Bundestagsfraktion zeigten sich erste Risse. Wohl brachten die Koalitionsfraktionen die Gesundheitsreform und die Hartz-Gesetze im Bundestag 2003 mit eigener Mehrheit durch. Doch bei Probeabstimmungen hatte sich in beiden Fraktionen ein Widerspruchspotential artikuliert, das die so genannte eigene Mehrheit gefährden konnte (vgl. mit näheren Angaben Zohnhoyer/Egle 2007: 14f.).

Wie die zahlenmäßige Entwicklung der Parteimitgliedschaften zeigt, verlor die SPD in den "Agenda-Jahren" 2003 und 2004 mit ca. einhunderttausend besonders viele Mitglieder (vgl. Abbildung 7). Darunter waren viele Aktive der gewerkschaftlich gebundenen mittleren Partieliten, die den – allerdings seit langem dünner werdenden – Transmissionsriemen in das betriebliche Milieu, immer noch ein Reservoir für sozialdemokratische Stammwähler, bedienten. Nicht wenige dieser Abwandernden wählten für ihren Austritt einen Ausgang, der geradewegs in die Neugründung einer Partei links von der SPD führte.

Gerade dieser Aderlass war für die SPD doppelt schmerzlich, weil er nicht nur ihre bis dahin ungefährdete Meinungsführerschaft im mittleren Funktionärskörper großer DGB-Gewerkschaften beendet hat, sondern auch die für eine erfolgreiche neue Partei-gründung notwendige soziale Trägerbasis bereitstellte.

Abbildung 7: Zahlenmäßige Entwicklung der Parteimitgliedschaften

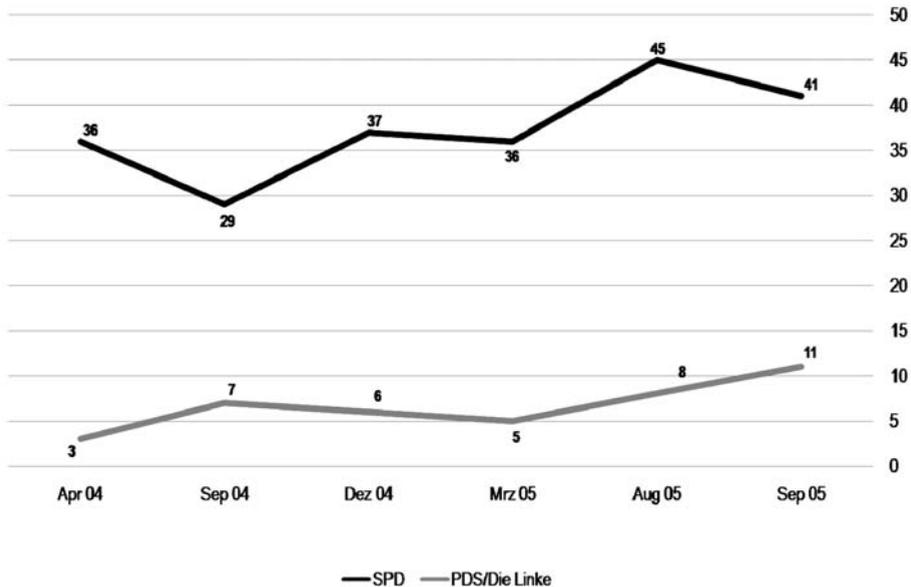


Quelle: Niedermeyer 2007.

Im März 2004 nahmen Pläne von SPD-Rebellen, dem "Raubzug gegen kleine Leute" (WASG-Mitgründer Klaus Ernst, zit. nach Süddeutsche Zeitung vom 14.5.2004) eine neue Linkspartei entgegenzusetzen, mit der Gründung der "Initiative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit" (ASG) durch bayerische IG-Metall-Funktionäre organisatorische Gestalt an. Im Sog der Hartz-IV-Demonstrationen des Sommers formierte sich das

Protestbündnis als "Wahlalternative" gleichen Namens, mit dem Ziel, im Januar 2005 die neue Partei bundesweit zu gründen. Mit Blick auf die nahenden Landtagswahlen an Rhein und Ruhr konstituierte sich im Oktober 2004 der nordrhein-westfälische Landesverband. Noch aber fehlte eine zugkräftige Persönlichkeit, die der neuen Formation zum Einbruch in das etablierte Parteienspektrum verhelfen konnte. Auch für die Gewerkschaftsbasis war das Tischtuch zwischen Arbeitnehmerorganisation und SPD noch keineswegs endgültig zerschnitten. Im Juli 2004 wünschten 68 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder, wie auch 53 Prozent ehemaliger SPD-Wähler, eine Wiederannäherung der SPD (vgl. Infratest dimap DT 7/04). Im Kompetenzfeld der sozialen Gerechtigkeit behauptete sich Die Linke als Mitspieler (vgl. Abbildung 8). Das Schisma im linken Feld des deutschen Parteiensystems warf mithin seine Schatten voraus.

Abbildung 8: Bewertung der Parteikompetenz "Für soziale Gerechtigkeit sorgen" (Angaben in Prozent)



Quelle: Infratest dimap DeutschlandTrend.

5 Wendemarke für Rot-Grün: Die verlorene Macht im Land Nordrhein-Westfalen und Schröders Plädoyer für Neuwahlen im Bund

Am 22. Mai 2005 verlor die SPD, gemeinsam mit ihrem grünen Koalitionspartner, die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen. Der Verlust der Jahrzehnte währenden sozialdemokratischen Hegemonie im größten Bundesland wurde nicht nur, aber auch infolge eines Votums der Wähler gegen die Politik in Berlin herbeigeführt. "Die negative

Grundstimmung für die Berliner Koalition, genährt durch eine schleppende Wirtschaftsentwicklung sowie durch die von der eigenen Klientel kritisch bewerteten Sozialreformen" bliesen der SPD, die auch als Landespartei in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktkompetenz hinter die CDU zurückgefallen war, ins Gesicht (Infratest dimap Wahlreport LTW NRW 2005: 7f.).

Die als Partei erstmals antretende WASG verfehlte zwar klar die Fünfprozent-Marke. Doch erzielte sie mit 2.2 Prozent einen Achtungserfolg, zumal die Wahlbeteiligung beträchtlich gestiegen war. In den Großstädten des Reviers erhielt die WASG, die überall die PDS klar hinter sich ließ, überdurchschnittliche Stimmenanteile (vgl. Abbildung 9). Relativ stark war sie in SPD-Hochburgen, in Wahlkreisen mit niedriger Wahlbeteiligung sowie in solchen mit hoher Arbeitslosigkeit (vgl. Abbildungen 10 bis 12). Der Abstrom von der SPD zur neuen Linkspartei, der sich bei folgenden Wahlen verstärken sollte, war folglich im Ergebnis dieser Landtagswahlen in der Richtung und in seinen sozio-ökonomischen Bestimmungsgrößen bereits erkennbar.

Unter dem Eindruck dieser "tektonischen Verschiebung" (Stefan Dietrich in der FAZ vom 23.5.2005, S. 1) im innenpolitischen Machtgefüge der Republik entschied sich Bundeskanzler Schröder nach einer Beratung mit dem engsten Führungskreis der Partei, vorgezogene Neuwahlen zum Bundestag anzustreben. SPD-Chef Müntefering teilte mit, der Kanzler werde spätestens am 1. Juli die Vertrauensfrage stellen. Presseberichten zufolge, wies der Kanzler in seinem Gespräch mit Bundespräsident Köhler auf ein "erhöhtes Erpressungspotential in der Fraktion und der Koalition" hin, rief damit jedoch bei der Fraktionslinken umgehend Widerspruch hervor (FAZ vom 7.5.2005, S. 1f.).⁹ Öffentlich sagte Schröder, er wolle ein klares Wählervotum für seinen Reformkurs. "Durch das bittere Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen ist die Grundlage der Fortsetzung der Arbeit der Koalition in Frage gestellt" (zit. nach FAZ vom 23.5.2005, S. 1). Am Montag nach der NRW-Wahl sprach sich das SPD-Präsidium einstimmig für Neuwahlen aus. Einzelne Stimmen aus der Bundestagsfraktion kritisierten immerhin, dass Schröder seine "einsame Entscheidung" nicht mit den Abgeordneten abgestimmt habe (vgl. www.tagesschau.de/aktuell/meldungen, 23.5.2005). Die innerparteilichen Spannungen entluden sich jedoch nicht in einem offenen Schlagabtausch. Gegner wie Befürworter der Agenda-Politik sammelten sich mit Blick auf den kommenden Wahlkampf hinter dem Schild der Parteiräson.

9 Die Sprecher der Parteilinken, Andrea Nahles und Michael Müller, widersprachen "Legenden": Seit Bestehen der rot-grünen Koalition sei nicht ein einziges Gesetzesvorhaben der Bundesregierung am linken Flügel gescheitert (FAZ vom 27.5.2005, S. 1).